

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonntags.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.4
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Zahlstellen-Anzeigen die
3 gelbte Kolonnen-Weile
50 J
Geschäftsangelegen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Breh. Druck von E. A. S. Meister & Co., beide in Hannover. Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Jahreswende.

Noch immer schwankt des Schicksals Wage. In allen Ländern der Entente haben die Minister geredet, aber noch weiß niemand, welche Antwort Deutschland auf seinen Friedensvorschlag erhalten wird. Den starken und unbedingt ablehnenden Worten des russischen Ministers sind scheinbar ebenso ablehnende in Paris und London gefolgt. Etwas weniger unerbötlich klang es aus der Rede des italienischen Ministers. Die endgültige Antwort hat keiner gegeben, sie soll gemeinsam für alle gegen Deutschland verbündeten Mächte erfolgen.

Wie sie ausfallen wird, läßt sich im voraus sagen. Sie wird gewiß kein unbedingtes Ja, aber auch kein alle Türen verschüttendes Nein bringen. Der Weg zu weiteren Verhandlungen wird nicht ganz gesperrt werden, es fragt sich jedoch, ob er noch so eben bleibt, daß die Mittelmächte ihn gehen können und gehen wollen. Wäre ihr Friedensvorschlag aus der militärischen Not geboren, würden sie ihn gehen müssen, weil das aber nicht der Fall ist, kann schon die bedingte Ablehnung des Vorschlags die Einleitung zu neuen noch heftigeren Kämpfen werden. Denn dann geht es nicht mehr aufs Biegen oder auf Brechen, sondern nur noch aufs Brechen.

So stehen wir bangend und hoffend an der Schwelle des Jahres. Hinter uns 29 Kriegsmomente, die allen beteiligten Ländern unerhörte Opfer auferlegt, unsagbare Schmerzen verursacht haben — vor uns das Dunkel einer ungewissen Zukunft. Und in diesem Dunkel jener Lichtschimmer, von dem wir noch nicht wissen, ob er von einem spottenden Irrwisch kommt oder die Morgenröthe des Friedens ankündigt.

Als im August 1914 der Krieg ausbrach, dachte kein vernünftiger Mensch an einen Krieg, der Jahre dauern könnte. Mit Wochen rechneten die Hoffnungsvollen, mit Monaten die Schwarzseher. Wie glücklich, daß wir es nicht besser gewußt, nicht richtiger vorausgesehen haben! So hat uns die Hoffnung das Schwerste tragen helfen, die Hoffnung, daß der Frieden bald, bald kommen müsse. Ohne diese Hoffnung wäre uns das Leben unerträglich geworden. Wir können deshalb heute nur wiederholen, was wir im August 1914 geschrieben: „Es ist gut, daß jetzt niemand weiß oder berechnen kann, wieviel Menschen und Menschenwert dieser Krieg schon vernichtet hat und noch vernichten wird. Denn es ist möglich, daß jeden Wissenden ein unermeßliches Grauen zwingen würde, aus dem Leben zu flüchten, selbst wenn er statt des Herzens einen Stein trüge. So stehen wir in einer unübersichtbaren Gegenwart und vor einer ungewissen Zukunft, aber im Herzen die unausrottliche Hoffnung, daß die Dinge sich schon zum Besseren für uns kehren werden.“

Mit dieser unauslöschlichen Hoffnung im Herzen treten wir in das neue Jahr. Aber nicht nur mit dieser Hoffnung, sondern auch mit dem festen Willen, im neuen Jahre wie im alten unsre Schuldigkeit zu tun. Vor allem auch als Gewerkschaftler. Als solche wollen wir unentwegt und unverdrossen weiter arbeiten für unsern Verband und für die Ziele, die er sich gesteckt hat. Wir wollen alle Schritte, so auch fernherin, alles daran setzen, um der Arbeiterschaft die Last des Krieges tragen zu helfen, indem wir durch Erringung von Lohnerhöhungen den Druck der Teuerung mildern und durch Unterstützungen aller Art der ärgsten Not entgegenwirken.

Wenn uns dann das neue Jahr, wie wir zuversichtlich hoffen, den so lange und heiß ersehnten Frieden bringt, werden die hunderttausend Mitglieder, die jetzt im Felde stehen, in unsre Reihen zurückkehren. Dann wird neues Hoffen neue Kraft und neue Kraft wird neue Erfolge bringen.

O schöner Tag, wenn endlich der Soldat
Ins Leben heimkehrt, in die Menschlichkeit,
Zum frohen Zug die Fahnen sich entfalten,
Und heimwärts schlägt der sanfte Friedensmarsch,
Wenn alle Hüte sich und Helme schmüden
Mit grünen Weiden, dem letzten Raub der Felber!
Der Städte Tore gehen auf von selbst,
Nicht die Petarde braucht sie mehr zu sprengen;
Von Menschen sind die Wälle rings erfüllt,
Von friedlichen, die in die Lüfte grühen. —
Hell klingt von allen Türmen das Geläut,
Des blutigen Tages frohe Besper schlagend.

Aus Dörfern und aus Städten wimmelnd strömt
Ein jauchzend Volk, mit liebend emsiger
Zudringlichkeit des Heeres Fortzug hindern.
Da schüttelt, trotz des noch erlebten Tags,
Dem heimgekehrten Sohn der Greis die Hände.
Ein Fremdling tritt er in sein Eigentum,
Das längst verlassene ein; mit breiten Ästen
Deckt ihn der Baum bei seiner Wiedertehr,
Der sich zur Erde bog, als er gegangen.
Oh! Glücklich, wem dann auch sich eine Tür,
Sich zarte Arme sanft umschlingend öffnen!

Ans Schillers „Piccolomini“, 1. Akt.

Ausländische Arbeiter in Deutschland.

IV. Gewerkschaften und Einwanderungsgeetze.

Am Schlusse des dritten Artikels dieser Folge wurde gesagt, daß der Krieg die Stellung der deutschen Gewerkschaften zu der Frage der Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte beeinflusst hat. Diese Bemerkung bedarf insofern der Berichtigung, besser der Präzisierung, daß eine Kundgebung, die für die Gesamtheit der Gewerkschaften bindend wäre, nicht vorliegt. Immerhin rechtserfahrene die Auslassungen im „Korrespondenzblatt“, dessen einflussreiche Stellung in der Gewerkschaftspresse unbestritten ist, eine gewisse Verallgemeinerung.

Daß die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung der Einwanderungsfrage, in Verbindung mit der dazu gegebenen Begründung, ein Abweichen von der bisherigen Stellung zu der Frage ist bedarf kaum des Beweises. Es sei hier nur an die zur Einwanderungsfrage auf dem Internationalen Kongreß in Stuttgart angenommene Resolution erinnert, in der es ausdrücklich heißt, daß „ökonomische und politische Ausnahmemaßregeln“ gegen die Schäden der Ein- und Auswanderung „fruchtlos und in ihrem Wesen nach reaktionär“ sind, daß insbesondere Abhilfe nicht zu erwarten sei von „einer Beschränkung der Freizügigkeit und in einem Ausschluß fremder Nationalitäten oder Rassen“. Der Berichterstatter Ellenbogen verwies in seiner Begründung der Resolution besonders darauf, daß eine der Arbeiterschaft günstige Lösung der Frage auf gesetzlichem Wege schon deshalb nicht zu erreichen sei, weil der Kapitalismus, also der kapitalistische Staat, gar kein Interesse daran habe, dieses Problem zu lösen. In Konsequenz dieser Anschauung fordert die Resolution von der Gesetzgebung nur in einigen Nebenfragen ein Eingreifen. Ausdrücklich wird aber, wie schon in einem früheren Aufsatz erwähnt, gefordert, daß die Eingewanderten den Einheimischen rechtlich gleichgestellt werden.

Es ist kein Geheimnis verraten, wenn hier und heute gesagt wird, daß die Stuttgarter Resolution nicht ungeheilten Beifall in allen Kreisen der deutschen Gewerkschaften gefunden hat. Die Meinung, war schon damals nicht selten zu hören, daß es eigentlich notwendig sei, die gewerkschaftlichen Erfolge des einen Landes auch gesetzlich zu schützen gegen die Schmutzkonkurrenz der Einwanderer aus wirtschaftlich und kulturell zurückgebliebenen Ländern. Jedoch ließ der Hinweis auf die Pflicht internationaler Solidarität solche Meinungen meist schnell verstummen.

Damit ist der Punkt berührt, an dem der Krieg die freiere und freimütigere Erörterung des Problems eröffnet hat. Die Ereignisse seit Ausbruch des Krieges haben gezeigt, daß die internationale Solidarität engere Grenzen hat, als früher allgemein angenommen wurde. Der Schlußsatz des „Kommunistischen Manifestes“ gilt nicht mehr absolut. Die Auseinandersetzungen über Fragen, bei denen sich die Interessen der Arbeiterschaft eines Landes nicht voll decken mit den Interessen des Proletariats schlechthin, werden zwangloser geführt, Schlüsse daraus rücksichtsloser gezogen.

So geht es auch mit der Frage der Einwanderung ausländischer Arbeiter. Der Krieg hat nicht etwa diese Frage neu aufgerollt oder auch nur sie besonders dringlich gemacht. Im Gegenteil, er hat sie bis zu einem gewissen Grade, wenn auch nur für den Augenblick, gelöst. Einmal durch die Zurückführung zahlreicher Ausländer in ihre Heimat, dann auch durch die allgemeine Entleerung des Arbeitsmarktes, die den Ausländer der lohnkräftigsten Schmutzkonkurrenz enthebt. Auch die schädigende Wirkung bei Lohnkämpfen ist weggefallen, weil solche nicht geführt werden. Ob aber nach dem Kriege die Einwanderung besonders drückende Wirkungen haben wird, ist heute noch eine ganz unentschiedene Frage. Die gegenwärtige Auseinandersetzung hat also nicht eingeseht, weil etwa der Krieg die Wirkungen der Einwanderung besonders fühlbar gemacht hätte, sondern nur, weil gewisse Hemmungen weggefallen sind, die früher einer offenen Meinungsäußerung hinderlich waren. Die Grundlagen der Auseinandersetzung liegen in der Vergangenheit, nicht in der Gegenwart.

Vielleicht spricht hier und da noch eine andre Erwägung mit. In weiteren Kreisen der Gewerkschaften ist das Vertrauen zur Regierung gestiegen. Man hofft, daß nach diesem Kriege die Gesetzgebung mehr Rücksicht auf die Wünsche und Forderungen der Arbeiter nehmen, die Interessen der Kapitalisten nicht immer voranzustellen wird. Ist aber der gute Wille bei der Regierung vorhanden, so wird es auch möglich sein, die Frage der Einwanderung gesetzlich so zu regeln, daß dabei der Arbeiterschaft in erster Linie gedient ist. Der Krieg hätte dann nicht nur die Hemmungen beseitigt, die einer rücksichtslosen Erörterung der Frage im Wege standen, sondern auch die Vorbedingungen geschaffen, die eine den Arbeiterinteressen Rechnung tragende Regelung ermöglichen.

Die beiden hier angedeuteten Grundlagen der Auseinandersetzung sind allerdings mehr subjektiv als objektiv, mehr im Bewußtsein, als im Sein vorhanden. Oder, um es grob auszudrücken: sie sind mehr eingebildet als wirklich. Sowohl über die Grenzen der internationalen Solidarität wie über das Maß von Vertrauen, das die Regierung verdient, gehen die Meinungen weit auseinander. Ebenso weit insgesamte die Ansichten und Vorschläge zur Frage der Einwanderung. Wenn man sein Urteil auf Erfahrungen stützen dürfte, müßte man in Deutschland von einer gesetzlichen Regelung abraten, weil sie doch nur im Interesse der Unternehmer, nicht im

Interesse der deutschen Arbeiterschaft, noch weniger aber im Interesse der einwandernden Arbeiter erfolgen würde.

Die Aufenthaltbeschränkung sowohl wie die Ausweisungsbefugnis, und nicht zuletzt der Legitimationszwang für ausländische Arbeiter waren Maßnahmen, die nicht dazu ermuntern, von der deutschen Regierung Berücksichtigung der Arbeiterwünsche zu erwarten. Zwischen der Vergangenheit und der Zukunft liegt jedoch die Gegenwart, liegt der Weltkrieg mit seinen auf so vielen Gebieten revolutionierenden Wirkungen. Es ist nicht umöglich, ja nicht einmal unwahrscheinlich, daß die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nach dem Kriege die Regier. und die Regierungsparteien zwingen, bei gesetzgeberischen Akten die Interessen der breiten Volksmassen mehr zu beachten, als das früher der Fall gewesen ist. Man darf also auch bei der Forderung nach einer gesetzlichen Regelung des Einwanderungswezens von der Voraussetzung ausgehen, daß dabei den Wünschen, Vorschlägen und Forderungen der Arbeiter Rechnung getragen wird. Deshalb ist es auch unangebracht, die Forderung nach einer solchen Regelung ohne weiteres als reaktionär und utopisch zu beschreiben, wie das in dem früher angezogenen Aufsatz des Schweizer Gewerkschaftsblattes geschieht, und wie das auch in deutschen Arbeiterblättern schon geschehen ist.

Auch der Einwand, daß eine solche Forderung gegen die Pflicht der internationalen Solidarität verstößt, ist nicht absolut durchschlagend. Es läßt sich sehr wohl eine Ausb. Einwanderungsgesetzgebung nicht nur denken, sondern auch schaffen, die nicht nur die einheimischen, sondern auch die einwandernden Arbeiter schützt. Allerdings dürften das nicht einfach Sperrvorschriften sein, sondern es müßten Bestimmungen getroffen werden, die gleicherweise die Arbeitsbedingungen der einheimischen Arbeiter gegen die etwaige Schmutzkonkurrenz der Ausländer, wie diese Ausländer gegen die Ausbeutungsgefahr der einheimischen Unternehmer schützen. Die schon mehrfach erwähnte Resolution des Stuttgarter Kongresses enthält schon Vorschläge in dieser Richtung, die allerdings ergänzt und erweitert werden müßten.

Die leitenden Gesichtspunkte, unter denen das Geschehen müßte, hat kürzlich das „Korrespondenzblatt“ in einer Polemik gegen die „Metallarbeiterzeitung“ berührt. Es heißt da: „Weshalb sollten die internationalen Gewerkschaftsbeziehungen hinderlich sein für die Aufstellung der Forderung, daß ausländische Arbeiter beispielsweise unbedingt Anspruch auf die tarifvertraglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen haben müssen, daß sie also nicht als Lohnruderer eingeschleppt werden dürfen? Oder wird vielleicht das internationale Zusammenwirken abgeschwächt, wenn wir die Sicherstellung des Arbeiterschutzes, der Sozialversicherung usw. auch für ausländische Arbeiter verlangen?“

Es wird dann weiter ausgeführt, daß auch im Interesse des Unfallschutzes sowie zur Verhütung der Einschleppung gewisser Berufskrankheiten gesetzliche Bestimmungen erforderlich seien, daß überhaupt vermehrter Arbeiterschutz das Ziel solcher Bestimmungen sein müsse und daß darauf hinzielende Forderungen nicht gegen die Interessen der einwandernden Arbeiter verstößen. Eine Auffassung, die wir durchaus teilen.

Es besteht also kein Grund, die Forderungen und Vorschläge zur gesetzlichen Regelung des Einwanderungswezens von vorherein abzulehnen. Vielmehr wäre es durchaus zu begrüßen, wenn es gelänge, die Gesetzgebung auf diesem Gebiete in Fluß zu bringen und sie gleichzeitig in eine Richtung zu drängen, die den Interessen der gesamten Arbeiterschaft dienlich und nützlich ist.

Zeugnisse für die Gewerkschaften.

Den Unternehmern und ihren Organen liegt es schwer im Magen, daß die Vertreter der Arbeiter im Reichstag es erreicht haben, daß bei der Schaffung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst die Interessen der Arbeiterschaft mit berücksichtigt worden sind. Gewiß nicht in dem Umfang, in dem wir es für erwünscht und notwendig halten, aber doch weit mehr, als das bei früheren Gelegenheiten der Fall war. Das kommt natürlich jenen Kreise, die in der Arbeiterschaft nur Objekte der Gesetzgebung sehen, denen ein Einfluß auf die Gestaltung der Gesetze nicht eingeräumt werden darf.

Selbstverständlich haben sie versucht, rechtzeitig zu bremsen. Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie hat noch kurz vor der endgültigen Erledigung des Gesetzes in einer sogenannten Entschließung (zu deutsch: Resolution) die eindringliche Erwartung ausgesprochen, daß die Aufnahme von Einzelbestimmungen unterbleibe, welche die Lebensfähigkeit der industriellen Betriebe für die Zukunft ernstlich gefährden und uns in Zustände hineinrühren würde, wie sie England, um die Arbeitsfähigkeit seiner Kriegsindustrie herzustellen, erst hat beseitigen müssen“. Der dunklen Rede Sinn wird klarer ausgeführt in einer die Entscheidung begleitenden Eingabe derselben Körperschaft an den Reichstagskanzler. Darin heißt es:

... die Industrie bemog sich aber nicht der schweren Sorge zu erwehren, daß die sozialpolitische Belastung, welche ohne

entschiedenen Einpruch von Seiten der Reichsleitung nach dem bisherigen Verlaufe der parlamentarischen Verhandlungen diesen Gesetzen bevorzugen dürften, die weittragendsten und verhängnisvollsten Folgen für die Leistungsfähigkeit unserer Industrie und damit für den Wohstand unseres Wirtschaftslebens und der finanziellen Kraft des Reiches nach dem Kriege nach sich ziehen wird, Folgen, welche in erster Linie in der denkbar ungünstigsten Besetzung der wirtschaftlichen Lage unserer handelsbetriebl. Bevölkerung sich sichtbar machen werden und damit verbundene schwere Gefahren herausführen können. Deshalb der Hinweis am Schluß der Entschließung auf die Entwicklung der Verhältnisse in England, eine Entwicklung, welche das bedauerliche Beispiel darlegt, bei uns sich wiederholend verachtend auf unserer wirtschaftlichen Wohlfahrt wirken dürfte und damit, wie auch sonst der Krieg ausgehen möchte, England das endgültige Uebergewicht in entscheidendem Maße in die Hände spielen würde.

Eure Ermahnung wollen darum im Interesse des demnächstigen Wiederaufbaus unseres deutschen Wirtschaftslebens sich entschließen, das ist die dringende Bitte der deutschen Industrie, dem aber das Maß des Notwendigen weit hinausgehenden Verlangen der Gewerkschaften und ihrer politischen Freunde nach sozialpolitischen Sicherungen ein entschließendes „Unannehmbar“ entgegenzustellen und diese Sicherungen auf den Rahmen zurückzuführen, der durch die Kriegsnöwendigkeiten geboten erscheint und deutlich erkennen läßt, daß es sich um Ausnahmestände, veranlaßt durch die Kriegslage, handelt; das bedeutet die Befestigung der obligatorischen ständigen Arbeiterauschüsse aus der im Gesamtanspruch des Reiches vereinbarten Fassung und die Zurückführung der sogenannten Schlichtungsgesellen auf einfache mittlere Beschweideinstufung unter Zuziehung von je einem Arbeitgeber und einem wirklichen Arbeitnehmer.“

Der angstvolle Warnruf hat die von den Unternehmern daran geknüpften Hoffnungen nicht erfüllt. Zwar ist er nicht ungehört verhallt, wie besonders das Verhalten der Reichs- und des Staatssekretärs Helfferich im Reichstag gezeigt hat, aber er hat doch nicht hindern können, daß die sozialpolitischen Sicherungen, die in der Kommission beschlossen wurden, im Plenum bestätigt, ja in einzelnen Punkten noch erweitert wurden. Insbesondere sind die in der Eingabe des Kriegsaususses besonders genannten Arbeiterauschüsse nicht nur beibehalten, sondern noch ausgedehnt worden. Während sie nach den Kommissionsbeschlüssen nur obligatorisch waren in Betrieben mit 100 und mehr Arbeitern, sind sie es jetzt schon in solchen mit 50 Arbeitern.

Die Bremse hat also in diesem Falle einmal durchaus versagt. Das Gesetz hat gewiß nicht alle erforderlichen, aber doch einige der allernotwendigsten Sicherungen erhalten. Man verfehlt den Schmerz, der in folgenden Zeilen der „Kölnischen Zeitung“ zum Ausdruck kommt:

Das Gesetz ist gewissermaßen zu einem sozialpolitischen Versuchslarvnel gemacht worden. Alles, was die Arbeiterverbände im freien Arbeitsvertrag erstrebt, aber nicht voll erreicht haben, das haben sie hier, wo sie es mit dem Senat als Arbeitsvermittler zu tun haben, ungeschickt bekommen, und das, was zur Vermeidung des Scheiterns und damit allerdings auch als Beschränkung der Freizügigkeit in das Gesetz hineingeschrieben worden war, ist zum Teil wieder daraus entfernt worden. Das das Gesetz in erster Linie die Erfüllung einer unterirdischen Pflicht verlangt, das ist in der Eingabe zurückgegriffen hinter dem Betreiben, die Interessen der Arbeiter zu wahren und eine Verwahrung ihrer Rechte zu beschützen. Wir gännen den Arbeiterorganisationen ihren Triumph von Herzen; aber wir glauben nicht, daß die Verwahrung dieses Gesetzes die richtige Gelegenheit war, solche Triumphe zu begehen und zu erlangen.

Es ist gewiß nicht wahr, daß die Arbeiterverbände alles erreicht haben, aber es ist durchaus wahr, daß die sozialpolitische Ausgestaltung des Gesetzes ein Erfolg der Tätigkeit der Arbeiterorganisation ist und daß man insoweit von einem Triumph der Arbeiterorganisationen sprechen darf. Ohne die Kraft und Tätigkeit dieser Organisationen wäre das Gesetz ohne solche Sicherungen, also in einer die Arbeiter weit mehr gefährdenden Form, angenommen worden. Die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen und der Arbeitervertreter hat die gesamte Arbeitererschaft vor schwerer Gefahr bewahrt. Das stellt selbst ein so wenig arbeitserfreundliches Blatt wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ fest. Dieses Blatt verteidigt auf die völlige Umänderung des Regierungsentwurfs, besonders auch die Steigerung der Beitragssätze von 4 auf 18, und bemerkt dazu: „Dank dem unteilbaren Geschick, womit die Vertreter der Arbeitererschaft vorgegangen sind, kommen dieser die zahlreichsten Zusätze fast ausschließlich zugute.“ Nach einer Aufzählung der Zusätze bestimmt das Blatt: „All diese Zusätzebestimmungen zugunsten der Arbeiter sind auf Anregung der Gewerkschaften, ohne Unterscheid der Parteigehrigkeit, in das Gesetz gebracht worden.“

Solche Zeugnisse liegen schon. Sie zeigen mit unzweifelhafter Sicherheit, daß die Organisationen der Arbeiter auch in der Zeit des Krieges, ja noch besonders auch in dieser Zeit, berufen und beauftragt sind, die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren. Das ist besonders betont angeführt der Tatsache, daß kürzlich eine sozialdemokratische Tageszeitung (der „Wirtschaftliche Volksfreund“) den strikten Vorschlag der Delegierten unterbreitete, die Gewerkschaften nach Ablauf dieses Jahres einfach zu schließen durch eine Beschlusnahme, daß für die Dauer des Krieges die Rechte und Pflichten aller Mitglieder ruhen, nach Kriegsende aber wieder aufleben. Derin Vor schläge liegen gewiß außerhalb, richtiger unterhalb jeder Kritik, inwiefern es es nicht überflüssig, im Vorbeigehen zu sagen, zu welchen Widerstand es führt, wenn Arbeiter ihre Bemerkungen an Dinge setzen, von denen sie nicht den Schimmer einer Ahnung haben.

Die Zeit des Krieges hat gewiß die Tätigkeit der Gewerkschaften fast hemmungslos gefördert. Sie hat ihnen Arbeitsgebiete gewonnen über einengangs, sie hat ihnen aber auch solche neu erschlossen. Und die nächste Zeit wird unzweifelhaft zeigen, daß die Organisationen der Arbeiter in der harten Zeit des Krieges so notwendig sind wie nie zuvor. Als es in irgendeiner früheren Zeit sind die Arbeiter jetzt angezogen auf eine zunehmende Verteuerung ihrer Interessen, auf die zunehmende Verdrängung ihrer Bedürfnisse, Wünsche und Forderungen. In der Zeit des Krieges verlor die Stärke des einzelnen — nur Massen können sich noch bemerkbar machen. Deshalb müssen die Arbeiter ihre Gewerkschaften nicht nur erhalten, sondern sie immer mehr erweitern und immer eifriger für sie werden. Nur langjährige oder kostbare Menschen können die Selbstverwaltung der Gewerkschaften fördern — wer der Arbeitererschaft wohl will, muß sie ermahnen, jetzt selber zu ihren berechtigten Organisationen zu stehen als je zuvor.



Neujahrsgruß.

Ah, wie eilig sie dahinfliegen,
Jahr und Tag und Tag und Jahr.
Ihr da draußen, ihr hier drinnen,
Werdet ihr es recht gewahrt?
Glückliche Minuten schweben
Uns vorbei in leichtem Schritt;
Und es nimmt von unserm Leben
Jede sich ein Zeilchen mit.

Diese gibt dir Schlag und Wunde,
Jene spendet Luft und Brot;
Eine rasende Sekunde
Sendet tausend in den Tod.

Ueberfüllt schwankt Charons Nachen
Auf dem trüben Acheron;
Andre aber zieh'n mit Lachen
Dem Gewalter Heim davon.

Laßt uns auch die Toten grüßen
Mit des Jahres erstem Klang,
Alle, die in hartem Wägen
Eine wilde Zeit verfrang.

Die da hämmerten die Särge,
Bis ein Tag die Kraft zerbrach,
Die mit stummem Lippen ruf ...
Völker! ... Jahr! ... Es ist genug!

Frieden, Frieden sollst du spenden,
Alle Welt ist froh bereit,
Um in dir, in dir zu wenden,
Neues Jahr, den Geist der Zeit!

Fährst du hin auf flinken Rössen,
Häufst du eifrig Tag auf Tag,
Laß die Nacht der Freiheit wachsen,
Die so lang gebunden lag.

Bürde ab der Völker Plage;
Streiche aus das Schmachwort Knecht;
Deine letzte Stunde sage:
Heilsam war ich und gerecht!

Ihr da draußen, ihr hier drinnen:
Jahr beginnt und Jahr verfliehet,
Wenn wir treu vereint sind,
Wollen wir es schon gewinnen.

Pan.



Aus der Industrie

Am Ende des Jahres.

Auf die Arbeiterschaft wirkt dieser Krieg mit seinen Folgen und Begleiterscheinungen verheerender als auf jede andre Gesellschaftsschicht. Schon in Friedenszeiten ist es der Arbeiterschaft nicht möglich, mit ihrem geringen Einkommen für eine ausreichende Erziehung ihrer Familien zu sorgen; noch weniger ist die Arbeiterschaft während der Kriegszeit dazu in der Lage, wo der Hunger auf allen Wirtschaftskreisläufen die höchsten Preise treibt. Je schlechter die wirtschaftliche Lage der einzelnen Berufe schon vor dem Kriege war, um so schwerer haben sie unter den Folgen des Krieges zu leiden. Das spüren auch die Arbeiter der Papierindustrie am eigenen Leibe, die schon zu Friedenszeiten mit zu dem am schlechtesten entlohnten Arbeitern gehörten.

Nicht nur die Papierarbeiter klagen über die unzureichende Entlohnung, die ihnen trotz schwerer Arbeit und langer Arbeitszeit von den Unternehmern gewährt wird, selbst Direktoren und Vorstandsmitglieder von Aktiengesellschaften gehen mit Notstandserscheinungen an die Öffentlichkeit. In einer Aufschrift an die „Papierzeitung“ im November 1916 betont das Vorstandsmitglied einer Papierfabrik-Aktiengesellschaft u. a. folgendes:

„So habe beispielsweise ich im Anbetracht der Ungewißheit der Kriegslage und — dauer, sowie der derzeitigen schlechten Lage der Papierindustrie mich dahin verstanden, daß ich auf etwa die Hälfte des jährlichen Einkommens verzichtet habe, zumal mir auch eine prinzipielle Entscheidung seitens eines Gerichts nicht bekannt war. Außer dem Gehalt habe ich auch freie Wohnung usw., die mir verblieben ist.“

Heute jedoch ist für mich die Sachlage wesentlich anders: der Krieg erstreckt sich nun schon über fast 2 1/2 Jahre, wovon ich 1 1/2 als Landsturmmann verbracht habe, die Lebensverhältnisse haben sich in ungewöhnlichem Maße verteuert, so daß die Hälfte des Einkommens eine Lebensführung der Familie stark einzuschränken gezwungen, und die wirtschaftliche Lage der Papierfabriken hat sich nicht unbedeutend gebessert. Ich beschlosse daher, an meinem Aufnahmestand heranzutreten, den Einkommensloz während der Kriegszeit für meine Familie entsprechende hinzuzufügen.“

Trotzdem dieser Papierfabrikdirektor während der Kriegszeit außer der freien Wohnung „nur“ die Hälfte seines Gehalts bezieht, steht er sich noch entschieden besser als ein gewöhnlicher Sterblücker aus der Papierindustrie, da die Gehälter der Direktoren den fünf- und noch mehrfachen Betrag des Jahresarbeitsergebnisses eines Papierarbeiters betragen. Der Papierfabrikdirektor ist übrigens nicht allein aus den Kreisen der Beamten-Arbeiterschaft, aber die verteilte Lebenshaltung sagt. Bereits zu Anfang des Jahres 1916 sagte der Teilhaber eines kleinen Fabrikbetriebes (in Nr. 9 der „Papierzeitung“), daß er mit seinem Jahreserwerb von „Schätzungsweise“ 5000 Mark nicht mehr leben kann, daß „die durch die außerordentlich schwierigen Kriegsverhältnisse geschaffenen Umstände ihn zum Lohnsklaven seines bessergestellten Teilhabers machen“, und wenn er die Arbeit seines Teilhabers nicht mit zu versehen hätte, würde er seine freie Zeit dazu ver-

wenden, um sich durch lassende andre Beschäftigung einen Nebenverdienst zu schaffen, um die jetzt so außerordentlich gestiegenen Kosten des Lebensunterhaltes leichter bestreiten zu können.“

Wenn dieser Teilhaber mit 5000 Mark Jahreserwerb kommen mag, was in der Lage war, seine Familie, bestehend aus vier Personen, zu ernähren, wie schwierig muß es da erst für die Papierarbeiter sein, mit ihren Familien „durchzuhalten“ bei einem Jahresdurchschnittsverdienst von 894 Mark für einen Vollarbeiter und 1098 Mark für einen männlichen Vollarbeiter im Jahre 1915. Eine wesentliche Steigerung haben die Arbeiterlöhne auch im Jahre 1916 nicht erfahren. Die Bedürfnislosigkeit der Papierarbeiter war schon vor dem Kriege fast sprichwörtlich geworden, so daß selbst spätere Unternehmersekretäre auf sie Bezug nahmen. Dr. Schäfer, der ehemalige wissenschaftliche Beirat des Vereins Deutscher Papierfabrikanten, schrieb schon in seinem Buche: „Die wirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung in der Papierfabrikation“ im Jahre 1909 über die Entlohnung der Papierarbeiter: „Wenn man die Unfallberichte mit den Angaben des Jahresertragens durchliest, so muß dabei noch ein Punkt auffallen, der für die relativ geringe Höhe des in den Papierfabriken gezahlten Lohnes spricht. Wo es sich zum Beispiel um außerhalb der Papierindustrie ausgebildete Facharbeiter handelt, welche in den Fabriken beschäftigt werden, seien es Schlosser, Maurer, Zimmerleute oder Bergleute, überall findet man eine von den übrigen Riffen abweichende, sogar auffallende Angabe höherer Löhne. Diese Arbeiter, welche aus den großen Kreisen dieser Berufe überfiedeln, bringen ihre gewohnten Forderungen mit und arbeiten nur unter den entsprechenden Bedingungen, welche im Gewerbe außerhalb der Papierindustrie vorgehend sind.“ Diese Worte des ehemaligen Unternehmerverbandessekretärs Schäfer besitzen auch heute noch volle Geltung. Seit 1909 ist der Jahresdurchschnittslohn eines Vollarbeiters der Papiermacherberufsgenossenschaft zum Jahre 1915 von 887 Mark auf 994 Mark gestiegen. In sieben Jahren hat sich der Durchschnittslohn eines Papierarbeiters um nur 127 Mark oder um 14,85 Prozent erhöht. Aber selbst diese geringfügige Erhöhung der Jahresdurchschnittslohne ist nur auf die unermüdete Tätigkeit des Fabrikarbeiterverbandes für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Papierarbeiter zurückzuführen. Diese minimale Lohnsteigerung ist aber längst nicht mehr als ausgeglichen durch die eingetretene Verteuerung der Lebensmittel. Mit ruhigem Gewissen kann behauptet werden, daß die Lebenshaltung der Papierarbeiter während der Kriegszeit und besonders im letzten Jahre, eine entchieden schlechtere war als je zuvor. Die Kaufkraft des Geldes ist derartig gesunken, daß sie selbst durch eine Verdoppelung der Löhne nicht voll ausgeglichen werden könnte. Eine so ausgiebige Erhöhung ihrer Löhne haben die Papierarbeiter leider nicht erreichen können. Freiwillig haben die Unternehmer der Papierindustrie keinen Lohnausgleich herbeigeführt, einen solchen zu fordern, dazu waren viele Papierarbeiter zu ängstlich, ihn durchzusetzen, waren sie zu schwach. Immerhin ist es dem organisierten Teil der Papierarbeiter gelungen, mit Hilfe ihrer Berufsorganisationen Lohn-erhöhungen oder Teuerungszulagen durchzusetzen, die wenigstens einem Lohnausgleich für die verteuerte Lebenshaltung ähnlich sehen. Die Unorganisierten aber, die den Mut nicht besaßen, um dem Unternehmertum ihre Forderungen zu unterbreiten, die hatten noch immer die Faust in der Tasche, die schimpfen noch immer über die hohen Lebensmittelpreise, über die Aushungerungspolitik der Engländer und über die wahren und mutmaßlichen Ursachen der Teuerung, sie schimpfen und schimpfen, aber — sie fordern nichts und nagen emsig weiter am Hungertuche.

Im Gegensatz zu den Papierarbeitern haben die Papierfabrikanten ihren Abnehmern Lohnforderungen in der Form von Preiserhöhungen gestellt, bis zu 300 Prozent und darüber. Sie haben Lohnforderungen im alten Jahre gestellt, und sie werden damit im neuen Jahre nicht hinter dem Berge halten. Dieser haben sie die viel gerühmte Arbeitsgemeinschaft mit den Fabrikanten der Papierbearbeitungsindustrie im „Kriegsauswurf“ für das deutsche Papierfach“ in die Brüche gehen lassen, als ihre Forderungen zurückzustellen. Mit Hochdruck haben die Papierindustriellen im alten Jahre für den organisatorischen Zusammenschluß ihrer Berufskollegen in Interessensverbänden gearbeitet, sie werden diese Agitationsarbeit auch im neuen Jahre fortsetzen. Und sie haben nicht umsonst gearbeitet. Preisconventionen für die einzelnen Papierforten sind gegründet worden, der Verein Deutscher Papierfabrikanten hat seine Mitgliedszahl wesentlich vermehrt, die Spinnpapierfabrikanten haben sich zu einem Syndikat in der Form einer G. m. b. H. zusammengeschlossen, ihnen sind die Papiergarmentfabrikanten und -webereien gefolgt mit der „Vereinigten Textilwerke, G. m. b. H.“, in Berlin, in der die bedeutendsten Papiergarmentfabrikan, von Emil Claviez bis Wilhelm Hartmann, vertreten sind. Sogar die Gegner des Druckpapier Syndikats haben sich zu einer Vereinigung ringsfreier Druckpapierfabriken zusammengeschlossen.

Der Erfolg dieser Organisationsarbeit macht sich bereits in den Geschäftsergebnissen der Aktiengesellschaften durch Steigerungen der Reingewinne und der Dividenden bemerkbar. Diese organisatorischen und wirtschaftlichen Erfolge sollten der Arbeiterschaft zu denken geben. Je mehr die Papierindustriellen ihre wirtschaftlichen Organisationen zu Machtfaktoren gestalten, desto wehrhafter werden die Papierarbeiter sein, wenn es ihnen nicht gelingt, dem Unternehmertum ebenbürtige Organisationen gegenüber zu stellen. Noch ist es Zeit, die Organisation der Arbeiterschaft, den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, durch Werbung neuer Mitglieder zu stärken. Dazu bedarf es aber im neuen Jahre der eifrigsten Mitarbeit aller Kolleginnen und Kollegen. Eifriger denn je muß die Gewinnung der Arbeiterinnen für den Verband betrieben werden. Rücksichtslos beschäftigen viele Unternehmer die Frauen an den gefährlichsten Maschinen, sie müssen ihre männlichen Kollegen voll und ganz ersetzen. Da ist es nicht mehr als recht und billig, daß die Frauenarbeit mit der Männerarbeit auch in der Bezahlung auf gleiche Stufe gestellt wird. Daran sind nicht nur die Arbeiterinnen, sondern auch die Arbeiter stark interessiert, damit die Frau nicht zur Lohnrückerin des Mannes wird. Das sind unsere Kolleginnen und Kollegen aber auch ihren auf den Schlachtfeldern kämpfenden Arbeitsbrüdern schuldig, die von der Heimat geliebten Arbeiterschaft verlangen, daß sie das auf wirtschaftlichem Gebiete in jahrzehntelanger Arbeit Errungene hochhält und weiter ausbaut, damit sie nach ihrer Rückkehr in die Heimat die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter stark und kräftig vorfinden; bereit zur weiteren Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und gefähigt zur Abwehr aller kommenden Angriffe auf wirtschaftlichem Gebiete.
G. St.

Unfälle und Unfallverhütung in der Zuckerindustrie.

Der Rückgang der Unfälle in der Zuckerindustrie...

Die Zahl der Unfälle ist entsprechend der verminderten...

Für diese Annahme spricht die bebaute Tatsache, daß die...

Diese Erklärung dürfte insofern stimmen, als die Sphäre...

Eine andre Frage ist es, ob das Fehlen eingerichteter Arbeiter...

In dem Bericht der Berufsgenossenschaft wird nichts davon...

Den Betriebsverhältnissen in der Zuckerindustrie entsprechend...

Auch auf die einzelnen Betriebe verteilen sich die Unfall...

melbeten 6 bis 10, weitere 88 melbeten 11 bis 30, die übrigen...

Bemerkenswert sind auch einige Gesamtzahlen. Von 1885...

Ueber die Ursachen der Unfälle im Jahre 1915 erfahren...

Von den Unfallfolgen wurde einleitend schon gesagt...

Die Maßnahmen zur Unfallverhütung scheinen bei der Zucker...

Zur Wiedereinstellung Kriegsbeschädigter in der Zementindustrie.

Es ist an dieser Stelle schon wiederholt ausgeführt worden...

Solange der Krieg dauert, werden die Anstände, die sich daraus...

wir hier nicht, um irgendwelche ethische Mahnungen daran zu...

Von solchen Erwägungen ausgehend, haben die Gewerkschaften...

In der Zeitschrift "Element" hat vor einiger Zeit Dr. Killig...

Aber auch hierin hat man schon neue Erfahrungen gemacht...

Der Stil des Dr. Killig ist nicht einwandfrei, und sein Deutsch...

Es wäre wohl wünschenswert, daß der Staat gelegentlich hier...

Das ist wieder ein Satz, aus dem nur klug zu werden ist...

Der Papierkauer.

In allen Holzschäffern, alten Möbeln usw. kann man oft ein seltsames Geräusch wahrnehmen...

An beiden Seiten des Kopfes sitzen zwei mehrgliedrige, stachelige Glieder...

Viehütterung mit Strohstoff.

Deutschland führte vor dem Kriege nicht unbeträchtliche Mengen...

Table with 4 columns: Ausbeute, Verdaulichkeit, Vergleichswert des Futters, and other metrics.

Der Zusatz von Wasser zu dem Strohstoffen beträgt das zwei- bis dreifache Gewicht des Stroh...

Die Erzeugung ohne Druck soll den Käseflor haben, daß das Futter...

Außer Professor Lehmann hat sich auch der auf dem Gebiete der Zellulosechemie bekannte Zellulosechemiker Prof. Dr. W. M. ...

Das Tierchen hat einen im Verhältnis zu seiner gedrungen Größe...

